

N i e d e r s c h r i f t

**der 21. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Innenausschusses am 05.05.2004**

öffentlich

Ort: Ratshof (Raum 105/107), 06100 Halle (Saale),
Marktplatz 1

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Peter Jeschke	HAL	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Marion Krischok	PDS	
Herr Bernd Stemme	UBF	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Andre Scherer	SKE	
Herr Bernd Voigtländer	SKE	
Frau Uta Balleyer		bis 17:35 Uhr
Frau Gudrun Beitz		
Herr Eberhard Doege		
Herr Frank Helmenstein		

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Frau Marlies Schaffer	PDS	
Frau Hanna Haupt	SPD	Vertretung: Herr Ulrich Richter
Herr Andreas Strauch	SPD	
Herr Uwe Bendrig	SKE	
Herr Ulrich Braun	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	
Frau Petra Meißner	FDP	

Gäste:

Herr Uwe Wätzel	
Frau Monika Landgraf	
Herr Wolfgang Hans (FB 37)	zu TOP 4.
Frau Rita Lachky (FB 33)	zu TOP 5.1.
Frau Marina Rohne (FB 30)	zu TOP 7.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Informationen
 - Arbeit der Verkehrswacht
 - Fachkonzept des Fachbereiches Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. - Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr. III/2004/03929)
 - Änderungsantrag von StadträtInnen der HAL-Fraktion - zum Antrag der CDU betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr. III/2004/03929)
 - 5.2. Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion auf Errichtung einer Verkehrsberuhigungsschikane in der Agnes-Gosche-Straße
Vorlage: III/2004/04005
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Die 21. öffentliche Sitzung des Innenausschusses wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Innenausschusses, **Herrn Jeschke**.

Die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Doege teilte mit, dass er mit dem Vorsitzenden der Verkehrswacht, Herrn Gärtner, vereinbart habe, die Information über die Arbeit der Verkehrswacht zu einem späteren Zeitpunkt im Innenausschuss zu behandeln. Die Arbeit der Verkehrswacht – Bindeglied zwischen Polizei und Bevölkerung – sei ehrenamtlich und bedarf einer besonderen Würdigung.

Ohne förmliche Abstimmung wurde der nachfolgenden Tagesordnung zugestimmt.

T a g e s o r d n u n g :

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Information zum Fachkonzept des Fachbereiches Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1- Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr.: III/2004/03929)
 - Änderungsantrag von Stadträtinnen der HAL-Fraktion – zum Antrag der CDU betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde (Vorlagen-Nr.: III/2004/03929)
 - 5.2 Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion auf Errichtung einer Verkehrsberuhigungsschikane in der Agnes-Gosche-Straße (Vorlagen-Nr.: III/2004/04005)
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen

8. Anregungen

9. Mitteilungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 **Information - Fachkonzept des Fachbereiches Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**

Protokoll:

Herr Doege gab einen allgemeinen Überblick zur Herangehensweise bei der Erarbeitung des Fachkonzeptes und verwies u. a. darauf, dass das für die Organisationsuntersuchung beauftragte Büro Mummert Consulting umfangreiche Unterlagen erarbeitet habe. Daraus habe die Verwaltung in einem sehr zähen und schwierigen Prozess ein Fachkonzept entwickelt, das grundlegend die Gedanken der Untersuchung aufgegriffen habe. Allerdings sei in der Endkonsequenz das von der Beraterfirma vorgeschlagene Einsparpotential der Variante B mit 840.500 € nicht erreicht worden, weil die Stadt die vorgeschlagenen Einsparungen für ein bestimmtes Sicherheitsniveau in der Stadt für problematisch gehalten habe. Die Untersuchung sei für die Stadt hilfreich gewesen, habe Aufschlüsse gegeben, auch für die interne Arbeit.

Sodann ging Herr Doege auf das Aufgabenspektrum im Fachbereich 37 ein und verwies auf die pflichtigen Aufgaben sowie auf die Serviceleistungen. Unter Bezugnahme auf die Seite 6 des Fachkonzeptes ging er auf die Ist-Struktur des Fachbereiches 37 ein. Der derzeitige Stellenplan mit rund 260 Planstellen würde sich auf 249 Stellen reduzieren. Zurzeit seien im Ressort II sechs Beamtenstellen im abwehrenden Brandschutz nicht besetzt.

Die Frage **Herrn Sachers**, ob eine interne Verrechnung für erbrachte Serviceleistungen erfolge, beantwortete **Herr Hans** dahingehend, dass dies zurzeit noch nicht erfolge. Nach erfolgter Budgetierung aller Fachbereiche werden die Leistungen mit aufgenommen.

Unter Bezugnahme auf die Seite 9 des Fachkonzeptes und die Reduzierung um eine Stelle fragte **Herr Sacher** nach dem Aufgabenspektrum der Mitarbeiter des vorbeugenden Brandschutzes.

Herr Hans informierte, dass bei den Sicherheitswachen ein gewisser Rückgang zu verzeichnen sei. Die Durchführung von Brandschauen sei gesetzlich vorgeschrieben. Anhand eines Kräftenachweises erfolge die Einteilung der Mitarbeiter aus der hervorgehe, welche Brandschauen, in welchem Zeitraum, mit welchem Personal durchzuführen seien. Der Anregung der Fa. Mummert Consulting, das Team um zwei Kräfte zu reduzieren, wurde nicht gefolgt.

Ferner fragte **Herr Sacher**, ob der Teamkoordinator Rettungsdienst von den Kostenträgern refinanziert werde.

Herr Hans teilte mit, dass die Stelle kostenneutral sei, die Zustimmung der Kostenträger aber noch eingeholt werden müsse.

Herr Godenrath wollte Näheres wissen zum Aufgabenspektrum (S. 5). Er fragte nach, ob bei Anruf in der Leitstelle mit der Bitte um Türöffnung der FB 37 sofort reagiere.

Herr Hans antwortete, dass zunächst auf die Inanspruchnahme des Schlüsseldienstes orientiert werde. Handele es sich um einen kritischen Fall, in dem Gefahr in Verzug bestehe, würde der Fachbereich tätig werden.

Herr Misch bezog sich auf die Variante B der Firma Mummert Consulting, wonach die Einsparung zur Verringerung des Sicherheitsniveaus führen würde. Er gehe davon aus, dass die Beraterfirma solche Untersuchungen schon des Öfteren vorgenommen habe und ein gewisser gesetzlich vorgeschriebener Standard erforderlich sei. Könne es sein, dass Halle gemessen an anderen vergleichbaren Städten ein überproportionales Sicherheitsniveau hat?

Herr Hans antwortete. Hinsichtlich des Sicherheitsniveaus habe sich die Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren Deutschlands Gedanken gemacht. Es müsse ein gewisses Schutzziel definiert werden. Dabei gehe es darum, festzulegen, nach wie viel Minuten soll mit wie viel Personal, mit wie viel Fahrzeugen der Einsatzort erreicht werden. Beim Rettungsdienst betrage die Ausrückzeit 12 Minuten und müsse im Durchschnitt bei 95 % aller Fälle liegen. Ähnlich sehe es im Brandschutz aus. Bei der Feuerwehr sei es insofern kompliziert, dass es die Berufsfeuerwehr mit den zwei Wachen und die freiwilligen Feuerwehren gäbe, wobei die freiwilligen Feuerwehren nicht immer verfügbar seien. Daher konzentriere man sich auf die Wachen und professionellen Kräfte.

Herr Doege ergänzte, dass bei der Durchsetzung der Variante B von Mummert Consulting es Probleme hinsichtlich der Besetzung der vorhandenen Sondertechniken geben würde, insbesondere bei einer Großschadenslage. Die Beraterfirma habe viele Untersuchungen gemacht und sei überall mit unterschiedlichen Ansätzen herangegangen. Die Brandschutzbedarfspläne würden dafür sprechen, dass sich die Städte, in denen die Untersuchungen erfolgten, sich nicht der Maximalvariante angeschlossen hätten. Auf der Grundlage des vorliegenden Fachkonzeptes werde der FB 37 dem neuen Stadtrat den Brandschutzbedarfsplan vorlegen.

Herr Jeschke verwies auf das vom Fachbereich vorgeschlagene beträchtliche Einsparpotential.

Die Frage **Frau Krischoks** nach dem Anforderungsprofil des Teams Technik beantwortete **Herr Hans** u. a. dahingehend, dass die Berufsfeuerwehr über einen hohen technischen Ausstattungsgrad verfüge, der ständig gewartet, gepflegt und überwacht werden müsse. Hinzu käme die komplizierte Funktechnik. Des Weiteren werden in diesem Team zwei Lehrlinge ausgebildet.

Herr Doege informierte, dass das Fachkonzept in der Lenkungsgruppe vorgestellt werde, der örtliche Personalrat bei der Erarbeitung mit einbezogen wurde und eine Diskussion mit den einzelnen Wachsichten erfolge.

Der Innenausschuss nahm das Fachkonzept ohne förmliche Abstimmung zur Kenntnis.

Die Sitzung des Innenausschusses zum Anlass nehmend, übergab **Herr Doege** Herrn Hans die Anstecknadel Stufe II in Silber für seine 20-jährige Tätigkeit bei der Berufsfeuerwehr.

Im Namen der Mitglieder des Innenausschusses gratulierte **Herr Jeschke** zu der Auszeich-

nung, wünschte alles Gute und weiterhin viel Erfolg in der Arbeit.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

- zu 5.1 - **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde**
- **Änderungsantrag von StadträtInnen der HAL-Fraktion - zum Antrag der CDU betreffend die Einrichtung von gesonderten Sprechzeiten in der Ausländerbehörde**
Vorlage: III/2004/03929
-

Protokoll:

Herr Doege teilte mit, dass der Gleichstellungsausschuss am 26. 03. 04 nach intensiver Befragung und Darlegung mit einem Votum von 6 : 1 Stimmen beide Anträge als erledigt betrachtet habe. Dies allerdings mit der Festlegung, dass nach Vorliegen der Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung einschließlich der Schlussfolgerungen diese dem Gleichstellungsausschuss noch einmal vorgestellt werden.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass das Ergebnis der Untersuchungen im September vorliege und daraus entsprechende Rückschlüsse gezogen werden müssen. Aufgrund der räumlichen Begrenzung und des einheitlichen Zugangs in die Ausländerbehörde für die Bearbeitung unterschiedlicher Sachverhalte werde ein Konfliktpotenzial geschaffen, das nicht mehr tolerabel sei.

Herr Godenrath stellte den Antrag, aufgrund der Ausführungen von Herrn Doege den Antrag erst nach Abschluss der Organisationsuntersuchung zu behandeln.

Herr Scherer fragte nach eventuellen Zwischenlösungen.

Herr Jeschke verwies darauf, dass von politischer Seite darauf gedrängt wurde, dass sich etwas verändere. Auch er fragte nach Zwischenlösungen.

Frau Lachky antwortete, dass die Verwaltung auf Zwischenlösungen verzichte. Es würden nur detaillierte Untersuchungen weiterhelfen. Im Rahmen der Organisationsuntersuchung erfolge zurzeit die Arbeitszeitaufnahme. Nach Abschluss der Untersuchungen seien qualifizierte Auskünfte möglich.

Herr Jeschke verwies auf möglicherweise bestehende Informationsdefizite, die man jetzt schon vermeiden könnte.

Herr Doege legte dar, dass der Antrag aufgrund eines Einzelfalles gestellt wurde. Seit über zwei Jahren habe die Verwaltung mit den unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen der MLU ein Einvernehmen gefunden. Die Universität sei sehr groß, und es gäbe unterschiedliche Zuständigkeiten. Daher werde in Kürze mit den Vertretern der drei Bereiche (akademisches Ausländeramt, Personalbereich, Bereich Medizin) unter Einbeziehung des dortigen Ausländerbeauftragten eine Beratung durchgeführt, um gemeinsam eine vernünftige Vorgehensweise zu erreichen.

Herr Stemme sprach sich ebenfalls für die Vertagung des Antrages aus.

Herr Jeschke stellte den Geschäftsordnungsantrag, beide Anträge bis Vorliegen der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Dem Geschäftsordnungsantrag wurde **einstimmig** zugestimmt.

**zu 5.2 Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion auf Errichtung einer Verkehrsberuhigungsschikane in der Agnes-Gosche-Straße
Vorlage: III/2004/04005**

Protokoll:

Herr Stemme äußerte, dass seine Fraktion im Prinzip mit der Begründung der Verwaltung einverstanden sei. Er bat um die Aufstellung zusätzlicher Schilder (30 km/h).

Herr Doege legte dar, dass es sich um ein Bebauungsgebiet handele und gab Erläuterungen anhand der dem Antrag beigefügten Skizze. So sei u. a. im westlichen Teil die Errichtung einer Verkehrsinsel vorgesehen. Ferner teilte er mit, dass es sich beim Straßenverkehrsrecht um einen übertragenen Wirkungskreis handele.

Der Antrag könne als Prüfantrag gewertet werden, mit dem sich die Verwaltung befassen solle.

Herr Stemme betrachtet den Antrag als erledigt.

zu 6 Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Anfragen.

Da es die letzte Sitzung des Innenausschusses vor den Kommunalwahlen ist, bedankte sich **Herr Jeschke** bei den Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit und resümierte, dass Kommunalpolitik Spaß mache. Er wünschte allen Anwesenden viel Erfolg sowohl im Stadtrat als auch im Ausschuss.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Frau Krischok bedankte sich für die ausführliche Beantwortung ihrer Fragen zu den Schiedsstellen und wollte wissen, wie viel Schiedsstellen perspektivisch vorgesehen seien. Sie bezog sich dabei auf einen MZ-Artikel.

Frau Rohne, Justiziarin im FB 30 und zuständig für die Betreuung der Schiedsstellen, meinte, dass es Gesprächsbedarf hinsichtlich der Schiedsstellen gäbe. Die bestehenden Schiedsstellen würden von der Bevölkerung nicht so in Anspruch genommen. Diese Tendenz sei in ganz Sachsen-Anhalt so. Die Stadt habe sich in Abstimmung mit dem Amtsgericht entschieden, zurzeit keine Reduzierung der Schiedsstellen vorzunehmen. Im Oktober 2004 laufe die Wahlperiode von zwei Schiedsstellen aus, die nicht wieder besetzt werden sollen. 2007 endet die Wahlperiode der anderen Schiedsstellen. Danach solle sich über das neue Gefüge unterhalten und eine Vorlage in den Stadtrat eingebracht werden. Ferner verwies sie auf die für die Stadt damit verbundenen finanziellen Aufwendungen, die jährlich im FB 30 zu planen seien.

Herr Jeschke dankte für die Information.

Herr Scherer war selbst einmal Mitglied einer Schiedsstelle und hatte das Gefühl, dass die Auslastung sehr gering sei. Die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten seien dem Anliegen nicht gerecht. Ferner ist er der Ansicht, dass die Mitglieder der Schiedskommission besser motiviert wären, wenn sie eine Aufwandsentschädigung erhalten würden.

Hinsichtlich der Aufwandsentschädigung gäbe es eine gesetzliche Regelung, so **Herr Misch**.

Frau Rohne verwies ebenfalls auf die Raumproblematik und strebt eine Unterbringung der Schiedsstellen im Ratshof an, wenn die Beschlussfassung durch den Rat (2007) vorliege. Des Weiteren teilte sie mit, dass die Schiedspersonen ihre Aufwendungen ersetzt bekämen.

Herr Misch meinte, dass die Einrichtung der Schiedsstellen nicht vom Prinzip der Bürgernähe ausgegangen sei, sondern von der Zahl der Einwohner in Verbindung mit der Zahl der zu erwartenden Fälle. Man solle die Zahl der Schiedsstellen auf ein vernünftiges Maß reduzieren.

Frau Krischok wollte wissen, ob die Fälle der Schiedsstelle 9, deren Wahlperiode ausläuft, dann von der Schiedsstelle 8 (Kreutzer Str.) mit übernommen werden.

Frau Rohne bejahte dies.

Herr Jeschke sagte, dass vieles hinsichtlich des Ablaufs vereinfacht werden sollte.

zu 8 Anregungen

Protokoll:

Es gab keine Anregungen.

zu 9 Mitteilungen

Protokoll:

Herr Doege informierte über den in der Zeit vom 31.03. bis 03.04.2004 stattgefundenen Frühjahrsputz und teilte u. a. mit, dass insgesamt 6.987 Säcke eingesammelt worden seien.

Im Vergleich zum Herbstputz 2003 mit 889 eingesammelten Säcken und dem Frühjahrsputz 2003 mit 1.017 eingesammelten Säcken sei das eine Steigerung um das Siebenfache.

Herr Godenrath bedankte sich beim Grünflächenamt für die unproblematische Bereitstellung eines Baggers.

Zur Marktplatzumgestaltung informierte **Herr Doege**. Er teilte mit, dass aufgrund der verspäteten Beschlusslage es bei der Marktplatzgestaltung zum terminlichen Verzug komme. Der Baubeginn sei der 14.07.04. Den exakten Bauablaufplan erhalte die Verwaltung Ende dieser Woche. Am 10.05.04 gäbe es eine Beratung, in der über das Marktgeschehen während der Bauphase gesprochen werde. Mit den Händlern fände Anfang Juni diesen Jahres ein Gespräch statt. Seit über zwei Jahren sei mit den Händlern hinsichtlich des Standortes auf der Westseite des Marktplatzes kommuniziert worden. Was die Privatisierung der Märkte betreffe, sei die Stadt derzeit nicht tiefgründig damit befasst.

Frau Krischok interessiere der Stand der Erkenntnisse zur Privatisierung der Märkte. Dabei bezog sie sich auf die Sitzung des Finanzausschusses im Monat Februar, in der ihr zugesichert worden sei, dass eine Information in der Sitzung des Innenausschusses Monat Mai erfolge.

Es wurde festgelegt, dass vor der Stadtratssitzung am 26.05.04, 13:30 Uhr, im Wappensaal, Frau Krischok über den Sachstand der Privatisierung der Märkte informiert werde.

Herr Jeschke kritisierte, dass aufgrund der Beratung der Schiedsstelle im Raum 105 die Tagung beendet werden müsse und drückte sein Befremden über die Überschneidung der räumlichen Nutzung aus.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Peter Jeschke
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin